


Ortsvereinszeitung
**Informationen
des SPD Ortsvereins
Neuenkirchen-
Merzen-Volllage**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit dieser Ortsvereinszeitung möchten wir Sie noch besser über unsere Arbeit in der Samtgemeinde Neuenkirchen und in den Mitgliedsgemeinden Neuenkirchen, Merzen und Volllage informieren.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und würden uns über Rückmeldungen sehr freuen.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Daniel Schweer,
Ortsvereinsvorsitzender

Daniel Schweer im Gespräch mit Matthias Grootte (MdB):

„Europa ist wichtig – auch hier vor Ort“

Neuenkirchen/Leer - Im Rahmen eines Seminars der Jusos im Bezirk Weser-Ems in Leer hatte auch der Neuenkirchener SPD-Ortsvereinsvorsitzende und stellvertretende Kreisvorsitzende der Jusos im Osnabrücker-Land Daniel Schweer die Gelegenheit, mit dem SPD-Europaabgeordneten Matthias Grootte über die Zukunft und die Wichtigkeit Europas zu sprechen.

Es sei besonders wichtig, den Menschen klar zu machen, dass die Politik, die im Europaparlament gemacht werde, sich auch hier vor Ort positiv

auswirke. Ganz konkret machte Schweer dies an den Zuschüssen zum landwirtschaftlichen Wegebau deutlich: „Im Jahr 2008 hat die Gemeinde Merzen 53.350,- Euro und die Gemeinde Volllage 58.500,- Euro aus EU-Fördermitteln bekommen. Auch für 2009 sind für mehrere Projekte Zuschüsse zugesagt.“

Für die anstehende Europawahl am 07. Juni 2009 sei es deshalb besonders wichtig, die Menschen von der Wichtigkeit Europas zu überzeugen, so Grootte.

Vorrangiges Ziel werde es daher sein, die Menschen so zu überzeugen, dass sie zur Wahl gehen.



Ehrenamtliches Engagement als wichtiger Grundpfeiler in der offenen Jugendarbeit

Jusos und Neuenkirchener SPD-Samtgemeinderatsfraktion besuchen Jugendhaus Merzen

Merzen - Gemeinsam mit der SPD Fraktion im Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen informierten sich die Jusos aus den Samtgemeinden Neuenkirchen und Bersenbrück über die offene Jugendarbeit im Jugendhaus Merzen.

Uwe Hummert, Jugendpfleger in der Samtgemeinde Neuenkirchen erläuterte bei einem Rundgang durch das ehemalige Gemeindehaus am Schulplatz die Konzeption seiner Arbeit mit den Jugendlichen vor Ort. Eines seiner wichtigsten Anliegen sei es, dass die Jugendlichen bei kleineren und größeren notwendigen Renovierungen auch immer miteinbezogen würden. „Was die Kids selbst hergerichtet haben machen sie auch nicht kaputt“ so Hummert. Dass nun durch den Weggang der Außenstelle der Haupt- und Realschule Neuenkirchen viele Räume, auch für den Jugendtreff, frei würden sei ein Glücksfall. Die doch sehr beengten Räumlichkeiten würden voraussichtlich in den Sommerferien zu einem offeneren, freundliche-



ren und vor Allem fast doppelt so großem Jugendhaus umgebaut.

„Ohne das ehrenamtliche Engagement der vielen Gruppenleiter ist das ganze hier aber nicht zu leisten“ betonte Hummert. Dem schloss sich der Neuenkirchener Juso-Vorsitzende und Ratsherr Daniel Schweer an. „Nur durch engagierte junge Leute wie die Gruppenleiter hier können

wir unser gesellschaftliches miteinander am laufen halten“ so Schweer. Das Ehrenamtliche Engagement sein ein wichtiger Grundpfeiler in der offenen Jugendarbeit. Besonders für die Merzener Jugendlichen sei das Jugendhaus ein gerne angenommener und akzeptierter Anlaufpunkt, so der Merzener Ratsherr Reinhard Hellmann.

Daniel Schweer auf Platz 18 der SPD-Bezirksliste zur Bundestagswahl gewählt

Jüngster Kandidat im Bezirk Weser-Ems

Neuenkirchen/ Wardenburg - Auf ihrem Bezirksparteitag in Wardenburg wurde mit der Liste des SPD-Bezirks Weser-Ems zur Bundestagswahl die erste große Weiche

in Richtung dieser wichtigen Wahl gestellt.

Platz eins der Bezirksliste belegt der Bezirks- und Landesvorsitzende Garret Duin für den Wahlkreis (WK)

26 Aurich-Emden. Karin Evers-Meyer aus dem WK 27 Friesland-Wilhelmshaven belegt Platz zwei, Holger Ortel aus dem WK Delmenhorst/Oldenburg-Land/Wesermarsch den dritten Platz. Für den Wahlkreis Cloppenburg/Vechta wurde erneut Gabriele Groneberg nominiert. Sie belegt nach Dr. Martin Schwanholz aus Osnabrück-Stadt (WK 40) Position fünf der SPD-Bezirksliste.

Dieter Steinecke aus dem WK 32, Mittelems, wurde von den Delegierten auf Position sechs der Bezirksliste gewählt. Ihm folgt Gesine Mülhaupt aus Oldenburg/Ammerland (WK 28). Rainer Spiering (WK 39, Osnabrück-Land) und Keno Borde (WK 26 Unterems) vertreten auf den Plätzen acht und neun ihre Wahlkreise und die Region Weser-Ems.

Als Kandidaten ohne direkten Wahlkreis schickt die SPD Weser-Ems auf

Listenplatz 18 auch den Neuenkirchener SPD-Ortsvereinsvorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Jusos Osnabrück-Land Daniel Schweer ins Rennen. Schweer ist mit 26 Jahren der jüngste Kandidat auf der Bezirksliste.

Neben der Aufstellung der Liste mit den Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl beschäftigte sich der Bezirksparteitag auch mit einer Vielzahl von Anträgen. Aus Sicht der Jusos lassen sich hier insbesondere der Antrag herausstellen, in dem die Defusion der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven begrüßt wird. Ebenso wichtig schien aus Juso-Sicht ein Antrag, nachdem eine bedarfsorientierte Schulpolitik in Niedersachsen in den Mittelpunkt des Regierungshandelns gestellt werden soll.



„Equal Pay Day 2009“ - Frauen sind mehr wert!

Frauen warten noch immer!

Im Rahmen des Equal Pay Day (Tag der Entgeltgleichheit), führte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) eine Aktion durch.

Grundlage war die bestehende Ungleichheit bei der Entlohnung zwischen Frauen und Männern. Statistisch gesehen verdienen Frauen in Deutschland nämlich etwa 23% we-

niger als ihre männlichen Kollegen. Für das Jahr 2008 bedeutet dies umgerechnet, dass Frauen tatsächlich 56 Tage im Jahr 2009 mehr arbeiten mussten, damit sie die gleiche Entlohnung wie die Männer erhalten. Die ASF machte mit der Nachstellung des Märchens vom „Sterntaler“ und 56 – auf eine Leine aufgezogenen – Kalenderblättern deutlich, dass das Thema „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ nach wie vor

ein aktuelles politisches Thema ist.

Auf jeden Fall endet das auf die neue Zeit umgeschriebene Märchen mit dem Schlusssatz:

„Und wenn sie nicht gestorben sind, dann warten sie noch immer!“



Konjunkturprogramm muss in den Kommunen ankommen

Wolfgang Jüttner: Klare Handschrift der SPD sichtbar

Auf Einladung des Osnabrücker Gewerkschaftsrates und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer (AfA) traf sich Wolfgang Jüttner, der Vorsitzende der Niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion, mit Arbeitnehmervertretern aus der Region im DGB-Haus. Deutschland, so der SPD-Fraktionsvorsitzende, befindet sich in der schwierigsten wirtschaftlichen Phase seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Banken- und Finanzkrise hat sich auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet. Wir stehen vor einem globalen Abschwung mit einschneidenden Auswirkungen für Investitionen und Beschäftigung. Jüttner sprach von einer veritablen Rezession, die um Deutschland als führende Exportnation keinen Bogen machen wird. Seiner Meinung nach gibt es keine Alternative zum schnellen und entschlossenen Handeln der Bundesregierung. Bei der Verteilung der Mittel der jetzt zur Diskussion stehenden Konjunkturmaßnahmen müsse es eine Priorität zugunsten des Nordens geben. Das kommunale Konjunkturpaket wird in zwei Wochen das Gesetzgebungsverfahren durchlaufen. Der Bund will, dass die Kommunen einen großen Anteil der Gelder bekommen, und zwar schnell und unbürokratisch, forderte der Landespolitiker. Wir werden im Niedersächsischen Landtag ein besonderes Augenmerk darauf haben, dass die Mittel auch in den Kommunen ankommen. Dabei sollen 65 Prozent in die Bildung investiert werden und 35 Prozent in die Infrastruktur. Am Besten sei es, wenn das Programm

eine Perspektive bis ins Jahr 2011 bekommt. Der Bund unterstützt mit 10 Milliarden Euro die Investitionen von Ländern und Kommunen. Die Länder beteiligen sich mit weiteren 3,3 Milliarden Euro. Die Länder müssen gewährleisten, dass auch die finanziell schwachen Gemeinden im Zuge des Haushalts sicherungs-konzeptes die Programme nutzen können. Eine Schlüsselbranche ist der Automobilbau. Unsere großen Automobilhersteller, aber auch viele andere industrielle Sektoren und Zulieferer, leiden unter dem Einbruch des Absatzes. Es geht darum, Impulse zu setzen, damit die Menschen Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung bekommen. Dazu zählt auch die Umweltpremie und eine befristete Kfz-Steuerbefreiung. Besondere Maßnahmen konzentrieren sich auf Familien mit Kindern – sie brauchen unsere besondere Unterstützung. Es geht darum, die Regelsätze für Arbeitslosengeld-II-Empfänger zu verändern und zu verbessern, statt einfach nur einen Kinderbonus von 100 Euro je Kind pauschal auszuzahlen. Klar formulierte Wolfgang Jüttner seine Forderung nach weiteren Vereinbarungen zu weiteren Mindestlöhnen. Mindestlöhne sind nicht nur eine Frage der Würde und der sozialen Gerechtigkeit, sie stärken auch die Kaufkraft der Arbeitnehmer. Das zweite große Konjunkturpaket trägt in überwiegenden Teilen die klare Handschrift der Sozialdemokratie und ihrer Minister in der Bundesregierung. Es setzt effektiv an verschiedenen Hebeln an, um Investitionen auszulösen und Arbeitsplätze zu sichern.

Wahlaufruf zur Europawahl am 7. Juni 2009

Liebe Bürgerinnen und Bürger, am 7. Juni findet die Europawahl 2009 statt. Rund 375 Millionen Bürgerinnen und Bürger in 27 Mitgliedsstaaten sind aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Seit 1979 wählen Sie die Kandidaten direkt ins EU-Parlament. In Deutschland sind 61,9 Millionen Wahlberechtigte, davon 2,2 Millionen EU-Ausländer aufgerufen, zur Wahl zu gehen. Wählen darf, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Mit Europa verbinden wir über 60 Jahre Frieden unter den europäischen Völkern. Aber mit der Wahl

2009 verbinden wir auch einen Richtungsentscheid; hin zu einem sozialen Europa.

Wir stehen für ein soziales Europa und wollen, dass sämtliche EU-Rechtsakte auf ihre sozialen Auswirkungen für die betroffenen Menschen überprüft werden. Wir wollen mehr Mitbestimmung und Gleichberechtigung der Arbeitnehmer durchsetzen. Wir fordern einen europäischen Pakt gegen Lohndumping mit der Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa dürfen nicht einem einseitigen Zwang zur Liberalisierung ausgesetzt werden. Deshalb gehen sie am 7. Juni zur Wahl und wählen ein „Soziales Europa“



Für die SPD im
Landkreis Osnabrück

Werner Lager
Kreisvorsitzender



Das soziale
Deutschland.

Vor allen Dingen: Gesundheit!

Im Rahmen der Kampagne „Eintrittskarte Zukunft“ führten die SPD Arbeitsgemeinschaften in der Region Osnabrück ein Gesundheitsforum durch.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Carola Reimann, betonte, wie eng die Verzahnung zwischen Gesundheit, Präventionsarbeit und Bildung ist. Ein Zusammenhang der bei den Ergebnissen der Workshops, die die Arbeitsgemeinschaften organisierten, besonders deutlich herausgearbeitet wurde. Aufforderung an die SPD sei, ein Zweiklassensystem in der Gesundheitsversorgung zu vermeiden. Daher, so eine der politischen Forderungen, gehöre gesundheitliche Aufklärung bereits in den Kindergarten- und Schulalltag. Viele kostenintensive Gesundheitsprogramme ließen sich vermeiden, wenn rechtzeitig in die Präventionsarbeit investiert werde.

Neben der Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung, gehöre zu einer verbesserten Gesundheitsversorgung auch die Qualitätssicherung von Alters- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern wie auch die Sicherstellung von adäquaten Per-

sonalschlüsseln in der Betreuung und eine an europäischen Standards orientierte Qualifikation. Auch der demografische Wandel und die sich verschärfenden Arbeitsbedingungen in Zeiten der Wirtschaftskrise verlangten einen veränderten Blick auf gesundheitspolitische Rahmenbedingungen, die nicht nur eine Ressourcenintensivierung, sondern auch eine Rückbesinnung auf in Vergessenheit geratene Werte erforderten: So betonte der Bundestagskandidat Rainer Spiering, dass es auch der Solidarität und Hilfe nicht nur zwischen den Generationen und innerhalb der Nachbarschaft bedürfe, sondern auch ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement erforderlich sei, dass deutlich mehr Anerkennung verdiene. Der Kreisvorsitzende Werner Lager machte deutlich, dass auch das Konsumverhalten Einzelner mit zur Veränderung in der Lebensmittelproduktion und damit zum Gesundheitsschutz beitragen könne. Dass die EU-Politik hier die richtigen Rahmenbedingungen setze, zeige sich insbesondere am Verbraucherschutz, der auch die deutsche Politik maßgeblich beeinflusse.

Impressum: SPD Landkreis Osnabrück
49074 Osnabrück, Große Gildewart 11



(v.l.n.r.) Peter Spiekermann, Sprecher des Gewerkschaftsrates, Landtagsabgeordnete Ulla Groskurt, Wolfgang Jüttner und der SPD-Kreisvorsitzende Werner Lager

Bildung bleibt spannend

Ob die Diskussion über eine Einrichtung einer Gesamtschule in Hagen, eines Fachgymnasiums in Bersenbrück oder eine neue Struktur in der Schülerbeförderung, all das sind Themen, die die SPD-Kreistagsfraktion in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen. „Nicht abwarten, sondern gestalten“, beschreibt Rainer Spiering die Haltung seiner Fraktion gegenüber diesen Themen. Daher wurde auch eine Anfrage bezüglich der Kostenentwicklung für eine Einrichtung

einer Gesamtschule in Hagen an die Kreisverwaltung gestellt, eine Diskussionsrunde mit allen Leitern der betroffenen Gymnasien und Berufsschulen bezüglich des Fachgymnasiums im Nordkreis durchgeführt und ein Fragenkatalog entwickelt, der die Schülerbeförderung im gesamten Landkreis auf den Prüfstand stellt.

Zu weiteren Schwerpunkten rund um Schule wurden weitere Anträge gestellt: „Zum einen fand der Antrag zum Schulfond „Individuelle Förderung“ im Bildungsausschuss großen Zuspruch, zum anderen konnten wir die Mehrheit des Ausschusses davon überzeugen, dass 1,3 Mio. Euro zusätzlich für kreisangehörige Gemeinden zur Verfügung gestellt werden“, so Volker-Theo Egeling, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion. Damit sollen neben den kreiseigenen Schulen nun auch die Schulen der kreisangehörigen Gemeinden dabei unterstützt werden, die Umwandlung in Ganztagschulen schneller zu vollziehen. „Außerdem soll damit der Ausbau der



Krippen vorangetrieben werden“, schlägt Spiering vor. „In den ersten Lebensjahren lernen Kinder so viel wie sonst nie mehr im Leben. Diese Möglichkeit der frühkindlichen Bildungsentwicklung in der Krippe sollten so viele Kinder wie möglich erfahren. Gerade in diesem Bereich gibt es noch großen Handlungsbedarf. Ob die Mehrheitsgruppe dies auch erkennt, bleibt abzuwarten. Es bleibt in jedem Fall spannend.“

Klaus Brandner zu Besuch im Landkreis Osnabrück

Auf Einladung von Rainer Spiering besuchte der Parlamentarische Staatssekretär und SPD-Bundestagsabgeordnete, Klaus Brandner,

und nicht namens- und gesichtslose Aktiengesellschaften.“ Während des letzten Besuchstermins an diesem Tag zeigten sich Brandner



(v. l. n. r.): Dr. Winfried Wilkens, Rainer Spiering, Klaus Brandner und Joachim Rabe

drei Stationen im Landkreis Osnabrück. Bevor die Herren im Kreishaus auf den Sozialdezernenten Matthias Selle und den Geschäftsführer der Maßarbeit, Siegfried Averbhage trafen und sich über das Optionsmodell informierten, bildete ein Besuch bei der heristo AG in Bad Rothenfelde den Auftakt. Hier standen die allgemeine Wirtschaftssituation und die Situation der Fleischindustrie im Vordergrund. „Gerade die Lebensmittelindustrie im Landkreis Osnabrück und im benachbarten Nordrheinwestfalen, dem Wahlkreis von Klaus Brandner, bildet eine wichtige Stütze der Wirtschaft unserer Region“, so Spiering. „Mittelständische Unternehmensgruppen wie die heristo sind in unserer Region eingebunden. Unternehmer wie die Familie Risken sind Partner der Region

und auch Spiering beeindruckt darüber, wie in der Georgsmarienhütte mit dem Thema Wirtschaftskrise

und Kurzarbeit umgegangen wird. Die seit dem 12. Januar für sechs Monate angemeldete Kurzarbeit wird genutzt, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu qualifizieren. „Unser Ziel ist es, die Beschäftigten der Georgsmarienhütte auf neue Anforderungen und durch längerfristige Zusatzqualifikationen auf neue Arbeitsplätze in unserem Unternehmen vorzubereiten“, erklärt Arbeitsdirektor Harald Schartau den anwesenden Politikern.

„Gestärkt aus der Krise hervorgehen“, so Spiering „muss die Devise sein. Hier in der Georgsmarienhütte bin ich sicher, wird es funktionieren. Das traditionsreiche Stahlwerk hat Symbolcharakter auch über die Grenzen des Osnabrücker Landes hinaus. Wenn es hier gut geht, wird sich das auch auf andere Bereiche und Regionen auswirken.“

(v. l. n. r.): Dieter Selige, Harald Schartau, Dr. Winfried Wilkens, Wilfried Brandebusemeyer, Klaus Brandner, Jutta Olbricht und Rainer Spiering



Die SPD-Kreistagsfraktion setzt sich für Senioren ein

Der Antrag zur Ausbildungs-offensive im Alten- und Pflegebereich zur Kreistagsitzung im Februar war der Anfang einer Kampagne, die sich gegen den Pflegenotstand im Landkreis Osnabrück richtet. Mit einem Betrag von jährlich 150.000 Euro sollten insgesamt 30 Ausbildungsplätze in Alten- und Pflegeheimen geschaffen werden. Dieser Antrag wurde leider mit den Stimmen der CDU/FDP/ÜWG-Gruppe abgelehnt. Um dennoch die Öffentlichkeit und vor allem die Kreisverwaltung für dieses Thema zu sensibilisieren, wurde eine Veranstaltung durchgeführt, zu der auch die ansässigen Alten- und Pflegeheime eingeladen wurden.

Der Besuch der SPD-Kreistagsfraktion im Altenzentrum in Bramsche



am 30. März bildete einen weiteren Teil der Kampagne. Bei diesem Gespräch mit der Leitung des AWO-Bezirksverbandes Weser-Ems, der Einrichtungsleitung und der Bramscher Bürgermeisterin Liesel Höltermann, ging es um die Beteiligung der freien Wohlfahrtspflege am Konjunkturpaket II der Bundesregierung am Beispiel des Altenzentrums Bramsche.

Die nächste Aktion ist am 18. Mai geplant. Zu diesem Termin sind wieder alle Vertreter der Alten- und Pflegeheime ins Kreishaus eingeladen, um darüber zu diskutieren, was die Politik leisten kann, freie Träger am Konjunkturpaket zu beteiligen.

Nähere Infos dazu und zu weiteren Themen unter:
www.lkos-spdfraktion.de

Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt sich mit der angespannten finanziellen Lage einiger Hausärzte in der Samtgemeinde Neuenkirchen:

Schweer: „Keine Allheilmittel erwarten“

Neuenkirchen/Berlin - Mit der angespannten finanziellen Lage einiger Hausärzte in der Samtgemeinde Neuenkirchen beschäftigt sich jetzt auch die Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion. Das Thema war in Zusammenarbeit des SPD Ortsvereins Neuenkirchen-Merzen-Voltlage und der Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsfragen (ASG) in der Region Osnabrück über den Osnabrücker Bundestagsabgeordneten Dr. Martin Schwanholz in die zuständige Arbeitsgruppe nach Berlin übermittelt worden.

Einzelne Ärztinnen und Ärzte könnten nur in Regress genommen werden, wenn sie unwirtschaftlich verordnet haben. Ob Vertragsärzte sich an das Wirtschaftlichkeitsgebot halten, wird im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsprüfungen (§ 106 SGB V) kontrolliert, so die erste Aussage der Arbeitsgruppe.

Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfungen sei zwischen Auffälligkeits- und Zufälligkeitsprüfungen zu unterscheiden.

Auffälligkeitsprüfungen würden dann vorgenommen, wenn die ärztlich verordneten Leistungen die Richtgrößen überschreiten. Richtgrößen seien vereinbarte, arztgruppenspezifische Durchschnittswerte, die das Volumen der jährlich je Vertragsarzt verordnungsfähigen Leistungen pro Versicherten festlegen. Sie leiten den Arzt bei seinen Verordnungen nach dem Wirtschaftlichkeitsgebot. Der Rechtsweg zu den Sozialgerichten sei aber in jedem Fall gewährleistet.

Es bestehe jedoch grundsätzlich ein erhebliches öffentliches Interesse, dass die gesetzliche Krankenversicherung unnötige Verordnungskosten einspart.

„Die Wichtigste Aufgabe wird aber in Zukunft nicht in erster Linie darin bestehen, mehr Ärzte in die Versorgung zu bringen, sondern darin, die Ärzte dahin zu bewegen, wo sie tatsächlich gebraucht werden“ schließt sich der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Daniel Schweer an.

Die Bundesregierung, die im Übrigen seit über zehn Jahren sozial-

demokratisch geprägt ist, habe hierfür in den letzten Jahren eine Reihe neuer gesetzlicher Instrumente geschaffen.

Künftig können Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten auch nach Vollendung des 68. Lebensjahres vertrags(zahn)ärztlich tätig sein. Diese Regelung soll rückwirkend zum 1. Okt. 2008 in Kraft treten. Zur flächendeckenden Sicherstellung des Angebots der haus-

Bürgernahe Kommunalpolitik für Neuenkirchen, Merzen und Voltlage:

**- zukunftsgerichtet
- offen
- ehrlich**

arztzentrierten Versorgung werden die Krankenkassen verpflichtet, bis zum 30. Juni 2009 vorrangig Verträge mit Gemeinschaften zu schließen, die die Hälfte der an der hausärztlichen Versorgung teilnehmenden Allgemeinärzte in dem Bezirk einer Kassenärztlichen Vereinigung vertreten.

Der Einsatz der „hausarztunterstützenden Gemeindeschwester „AGnES“ (Arztentlastende, Ge-

„Dies alles ist nur ein kleiner Teil der Maßnahmen, die die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion in Angriff nehmen, um die Hausärztliche Versorgung auf dem Land zu verbessern und zukunftsgerichtet zu gestalten. Es werden gute Wege aufgezeigt, nur ein Allheilmittel wird es hier ebenso wenig geben, wie beim Hausarzt“ so das Fazit des Neuenkirchener SPD-Vorsitzenden Daniel Schweer.

„Kommunalpolitik ist wichtig“

SPD-Vorstand einstimmig wiedergewählt – Andres Mendez Inclan berichtet über die Arbeit der Jusos im Landkreis Osnabrück

Neuenkirchen - Ganz im Zeichen von Vorstandswahlen stand die diesjährige Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Neuenkirchen-Merzen-Voltlage. In dieser sehr harmonisch abgehaltenen Versammlung kam es dann wie erwartet zu keinen Überraschungen.

Der Neuenkirchener Daniel Schweer steht für die nächsten zwei Jahre weiterhin an der Spitze des Ortsvereins. Als Stellvertreter stehen ihm wie in der Vergangenheit Margret Dahl und Reinhard Hellmann zur Seite. Ebenso einstimmig wie die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter gingen dann auch die weiteren Wahlen unter der Leitung des als Gast anwesenden Juso-Kreisvorsitzenden Andres Mendez Inclan aus Belm weiter.

Bärbel Schürmann wurde als Kassiererin ebenso wie ihre Stellvertreterin Ulla Klecker bestätigt. Das Amt des Schriftführers füllt wie in den vergangenen Jahren Thomas Goltsche aus. Zum Beisitzer des Vorstandes wurde Kurt Roggon gewählt. Die Wahlen von Revisoren und des Delegierten zum Kreisparteitag konnten ebenso einstimmig durchgeführt werden. Mendez hatte zuvor über die Arbeit der Jusos im Landkreis Osnabrück berichtet. Der junge Belmer hob besonders die Besuche des Juso-Kreisvorstandes bei den verschiedensten Institutionen hervor.

„Wir Jusos setzen hier verstärkt auf den Dialog um uns über die Vorstellung einer solidarischen, gerechten und freiheitlichen Gesellschaft auszutauschen. Wir zeigen, dass wir in der Gesellschaft präsent sind.“

Die Arbeit des neu gewählten SPD-Vorstandes bestehe in den nächsten Jahren ebenso aus dem Bestreben, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen innerhalb und außerhalb der Partei zu verstärken. Aber ebenso wichtig sei es, den Menschen klar zu machen, dass Kommunalpolitik wichtig sei. „Gerade angesichts der nicht mehr all zu weit entfernten Kommunalwahl 2011 müssen wir den Menschen dies deutlich machen“ so der Vorsitzende Daniel Schweer.

Ist das alles noch zumutbar?

SPD zur Umstrukturierung des ärztlichen Notdienstes und zur neuen Schülerbeförderungssatzung

Neuenkirchen - Aus Anlass der Neuregelung des ärztlichen Notdienstes im Altkreis Bersenbrück und der im Kreistag heftig umstrittenen neuen Satzung zur Schülerbeförderung im Landkreis Osnabrück diskutierte der SPD-Ortsverein Neuenkirchen-Merzen-Voltlage mit seinen Vorsitzenden Daniel Schweer die möglichen Auswirkungen dieser neuen Regelungen.

Bei der Neureglung des ärztlichen Notdienstes zum 01. Januar könne es durchaus passieren, dass ein Patient aus Voltlage am Wochenende nach Gehrde in die Notdienstspruchstunde fahren muss. Immerhin gut 25 km und 30 Minuten Fahrtzeit.

In der neu beschlossenen Satzung zur Schülerbeförderung des Land-

kreises Osnabrück steht unter anderem, dass es zumutbar sei, dass Kinder mit 11 Jahren bis zu vier Stunden auf ihren Bus warten könnten.

„Diese beiden Neuregelungen tragen nicht gerade zur Stärkung des ländlichen Raumes bei, da sie gerade hier voll durchlagen werden“ so der SPD-Vorsitzende Daniel Schweer. „Für mich sind beide Neuregelungen nicht zumutbar, weil sie ganz besonders die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft betreffen, insbesondere die älteren und kränkeren Mitbürgerinnen und Mitbürger und unsere Schulkinder“ so der SPD-Chef weiter.

Auch angesichts dieser Neuregelungen appellierte Schweer insbesondere an die Samtgemeindegemeinderäte im Altkreis Bersenbrück, sich aktiv für zumutbarere Regelungen einzusetzen. „Lasst es nicht zu, dass der ländliche Raum durch solche unzumutbaren Neuregelungen noch weiter geschwächt wird!“ so sein Appell.



Impressum:

Herausgeber: SPD Ortsverein Neuenkirchen-Merzen-Voltlage
Vorsitzender: Daniel Schweer
Konrad-Adenauer-Str. 28
49586 Neuenkirchen
V.i.S.d.P. Daniel Schweer (Vors.)